

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist weiterhin eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das Land Brandenburg. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind mit einer offenen und demokratischen Gesellschaft unvereinbar. Wir kämpfen für ein tolerantes Brandenburg, in dem Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und andere Formen des Extremismus keinen Platz haben.
Die dank des konsequenten Einsatzes von Politik und Gesellschaft erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den letzten Jahren muss fortgeführt werden. Der Landtag unterstützt deswegen alle Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistischer Gewalt. Wir werden die finanziellen Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus fortschreiben und das landesweite Aktionsbündnis, die Mobilen Beratungsteams, die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie sowie den Verein Opferperspektive auch in Zukunft dauerhaft unterstützen.
2. Die Förderung von und Erziehung zur Toleranz ist ein Bildungsauftrag, der bereits im vorschulischen Bereich ansetzen muss. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, neue Ansätze bei der Aufklärung über historische Zusammenhänge in den Bildungsangeboten insbesondere in der Jugendarbeit, und in Schulen aber auch in der Erwachsenenbildung zu entwickeln und zu erproben.
3. Lokalen Bündnissen und Initiativen kommt eine große Bedeutung beim Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu. Die Landesregierung wird aufgefordert, Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft zu ermutigen und zu unterstützen, die Zivilcourage und eine Kultur des Hinschauens und der guten Nachbarschaft fördern.
4. Der Landtag betrachtet mit Sorge die hohe Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten. Er begrüßt ausdrücklich die präventiven und repressiven Aktivitäten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die weiterzuführen sind.
5. Der mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg soll weiter beschritten werden. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, jährlich in der Sitzung im Juni einen Bericht über die Umsetzung des Konzepts „Tolerantes Brandenburg“ als Grundlage für eine Debatte vorzulegen.

6. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit darf nicht an den Grenzen Brandenburgs enden. Auch auf Bundesebene müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Toleranz und Demokratie zu fördern und rechtsextremistisches Gedankengut zu bekämpfen. Der Landtag spricht sich deswegen nachdrücklich dafür aus, dass die Bundesregierung auch in Zukunft konsequent rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt in der Bundesrepublik bekämpft. Dazu dürfen die Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus in den nächsten Jahren nicht gekürzt werden.

Begründung

Das Land Brandenburg hat mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, dem Landespräventionsrat, den mobilen Beratungsteams und vielfältigen kommunalen Initiativen eine gute Grundlage für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg geschaffen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt ist ein wichtiges Ziel der politischen Arbeit des Landtags. Weltoffenheit und Toleranz sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dazu ist es notwendig, die Vielzahl von Projekten und Maßnahmen zu fördern, die langfristig und in der Fläche die Akzeptanz rechtsextremistischer Bestrebungen nachhaltig zurückdrängen. Wir werden diese Vorhaben dauerhaft unterstützen. Ein Schwerpunkt muss und wird dabei die intensive Arbeit mit Jugendlichen und in Bildungsstätten sein.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt kann nur gelingen, wenn auch auf Bundesebene die entsprechenden Projekte und Maßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit den Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt, gleichzeitig aber auch Projekte wie das Programm „Vielfalt tut gut“, das sich gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus richtet, ins Leben gerufen. Diese Arbeit muss dauerhaft und langfristig fortgesetzt werden. Die Bestrebungen der Bundesministerin Schröder (CDU), aus den Mitteln für die Bekämpfung von Rechtsextremismus zukünftig Gelder für Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus zu entnehmen, bedeutet eine faktische Kürzung des Etats. Dieses Vorgehen wird den nachhaltigen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gefährden. Wir sprechen uns deswegen nachdrücklich gegen diese geplante Strategie der Bundesregierung und die Kürzung der Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus auf Bundesebene aus.

Dr. Dietmar Woidke
SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN